

02.11.2012 / Titel / Seite 1

## Unser Wüstenfuchs

*Rüdiger Göbel*

Donnerstag war großer Wüstenfuchs-Tag in Deutschland: Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) machte in Mali die nächste Militärintervention klar, die ARD popularisierte Hitlers Afrika-Krieger Erwin Rommel als »tragischen Helden« (siehe dazu jW vom 1. November 2012), Bild präsentierte neue Fotos des »Lieblingsgenerals« (»Rommel in Badehose - So hat man den Wüstenfuchs noch nie gesehen«).

Die Stabilisierung des westafrikanischen Mali, dessen Nordteil seit Jahresbeginn von Tuareg-Rebellen und islamistischen Aufständischen kontrolliert wird, sei wichtig für die gesamte Sahelregion, betonte Westerwelle bei seinem Kurztrip nach Bamako. »Ein rechtsfreier Raum am Südraum der Sahara, in dem Terroristen ihr Rückzugsgebiet finden, würde auch unsere Sicherheit gefährden«, behauptete der deutsche Außenamtschef. Und: »Den Terrorismus müssen wir gemeinsam bekämpfen.« Der offensichtlich mitreisende dapd-Korrespondent André Spangenberg diagnostizierte in einem »Hintergrundbericht« passend: »Mali droht zum zweiten Afghanistan zu werden.« Das könnte natürlich auch dahingehend interpretiert werden, daß ein Einsatz deutscher Soldaten in Afrika scheitert wie der gerade am Hindukusch - und der weiland unter dem Kommando des Wüstenfuchs I.

Den Marschbefehl für Mali hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der vergangenen Woche erteilt. Auf einer Tagung der Bundeswehr in Strausberg am 22. Oktober gab die Regierungschefin die Parole aus: »Freiheitliche demokratische Staaten können nicht akzeptieren, daß der internationale Terrorismus im Norden des Landes ein sicheres Rückzugsgebiet erhält.« Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) konkretisierte: Die Bundeswehr muß »einsatzbereit und einsatzfähig sein - und zwar schnell und ohne lange Vorbereitung«.

Allein, die Truppe steht nicht stramm. Der stellvertretende Vorsitzende des Bundeswehrverbands, Major André Wüstner, erklärte wenige Tage nach Merkels Vorstoß: »Uns treibt die Sorge um, daß die Bundeswehr wieder einmal unüberlegt und verantwortungslos in einen Einsatz entsendet wird, der Teil einer nur lückenhaften politischen Konzeption ist.«

Die Europäische Union bereitet derweil eine sogenannte Ausbildungs- und Beratermission in Mali mit etwa 200 Soldaten vor. Sie soll die malische Armee in die Lage versetzen, die Gebiete im Norden wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung zu bekommen. Ob, wann und wie sich Deutschland an dem Militäreinsatz beteiligt, verriet Wüstenfuchs Westerwelle gestern wohlweislich nicht. Laut dapd ist nur eines klar: »Keine Kampftruppen.« Diese Lektion hätten Politiker und Militärplaner aus dem Afghanistan-Krieg gelernt: »Denn auch wenn es offiziell bestritten wird, die Gefahr eines ›Rutschbahneffekts‹ in Richtung Dauereinsatz wäre nicht auszuschließen. ›Von Afghanistan nach Mali‹ - diese Schlagzeile kann Schwarz-Gelb im langsam anlaufenden Bundestagswahlkampf nicht gebrauchen.« Kolportiert wurde, es sei im Gespräch, »daß sich Deutschland stärker im Aussöhnungsprozeß engagiert, da die Bundesrepublik anders

als beispielsweise Frankreich als neutraler Vermittler gilt«.

Eine gegenteilige Maxime gilt für Syrien. Dort unterstützen Deutschland und die EU zusammen mit den USA und reaktionären Golfstaaten bewaffnete Aufständische im Kampf gegen den Zentralstaat und wirken darauf hin, jeden Dialog mit der Führung in Damaskus abzulehnen.